

SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE

An die Vorsitzende
des Hauptausschusses

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 17.02.2016

AN/0305/2016

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Hauptausschuss	22.02.2016

Widersprüchliche Positionen innerhalb der Verwaltung zur Frage eines Einheitlichen Vergabeamtes

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

wir bitten Sie, die folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Hauptausschusses zu nehmen:

In der Ratssitzung am 02.02.2016 wurde ein umfangreiches Paket zu einer erneuten Neuorganisation der Gebäudewirtschaft beschlossen. Unter anderem wurde beschlossen, die Zuständigkeit für die Vergabeverfahren der Gebäudewirtschaft vom Zentralen Vergabeamt auf die Gebäudewirtschaft zu verlagern.

In der Sitzung gab es diverse Nachfragen, die im Einzelnen zwar aufgezeigt, jedoch nicht abschließend geklärt werden konnten. Zudem wurde kurz vor der Ratssitzung eine verwaltungsinterne Stellungnahme des Dezernenten Höing zum Tagesordnungspunkt 3.1.4 umgedruckt. Die Stellungnahme des Dezernenten Kahlen, auf die sich Dezernent Höing bezieht, wurde nicht umgedruckt. Die Oberbürgermeisterin bezeichnete den Umdruck als „irrtümlich“ und erklärte, dass noch keine einheitliche Verwaltungsmeinung hergestellt sei. Auch ein nachträglicher Umdruck der Stellungnahme des Stadtdirektors hat bisher trotz Ankündigung in der Sitzung nicht stattgefunden. Das Rechnungsprüfungsamt hat sich kritisch zu den Beschlüssen positioniert.

Wir bitten die Verwaltung in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden offenen Fragen:

1. Gibt es in der Frage des Vergabeverfahrens inzwischen eine einheitliche Verwaltungsmeinung und ist hierin die in der Sitzung dargestellte Position des Rechnungsprüfungsamtes einbezogen? Falls es noch keine einheitliche Verwaltungsmeinung gibt, bis wann ist damit zu rechnen?

2. Welche Auswirkungen haben die Änderungen der Zuständigkeit für das Vergabeverfahren
 - a) in organisatorischer Hinsicht
 - b) für die laufenden und aktuell anstehenden Vergabeentscheidungen?Wie soll den Bedenken des Rechnungsprüfungsamtes Rechnung getragen werden?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Barbara Lübbecke
Geschäftsführerin
SPD-Fraktion

gez.

Michael Weisenstein
Geschäftsführer
Fraktion DIE LINKE